

Zum Umgang mit rechtsextrem organisierten Studierenden: Stellungnahme von Lehrenden im Studiengang „Kultur und Technik“ der Fakultät 5

Der Studiengang Kultur und Technik (KuT) an der BTU Cottbus-Senftenberg bietet den Studierenden die Möglichkeit, sich mit den Schnittstellen kultureller und technologischer, aber auch sozialer, ökologischer und ökonomischer Phänomene auseinander zu setzen. Auch für Studierende technischer und naturwissenschaftlicher Studiengänge bieten die Veranstaltungen im Fächerübergreifenden Studium (FüS) aus diesem Studiengang die Möglichkeit, gesellschaftliche und ethische Problemstellungen im Zusammenhang mit ihrem jeweiligen Studienfach zu reflektieren und zu diskutieren.

Im Sinne von §1 des Hochschulrahmengesetzes (HRG) sehen wir unsere Arbeit als Lehrende und Wissenschaftler:innen im Dienste der „Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung in einem freiheitlichen, demo-kratischen und sozialen Rechtsstaat“. Grundlegende Werte dieses Rechtsstaats wie Diskriminierungsfreiheit, Wahrung der Menschenrechte, eine demokratische Öffentlichkeit und die gemeinsame Verantwortung und Achtung von Vielfalt und Diversität, sehen wir als selbstverständliche – und offensiv zu vertretende – Werte im Hochschulalltag und in der Lehre an. Für uns als Lehrende im Studiengang Kultur und Technik der BTU Cottbus-Senftenberg stehen Personen, die individuell oder organisiert Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Sexismus, Ableismus (Diskriminierung gegen Menschen mit Behinderung) oder Verschwörungsdanken propagieren, im Widerspruch zu den grundlegenden Bildungsidealen der Geistes- und Sozialwissenschaften. Aus aktuellem Anlass, auf den uns Studierende aufmerksam gemacht haben, sehen wir uns in der Situation, dass wir uns diesbezüglich positionieren müssen.

Hochschule als Ort der demokratischen Teilhabe

Wir verstehen im Sinne einer streitbaren und wehrhaften Demokratie die Hochschule als Ort der Aufklärung, an dem Ideologien wie Antisemitismus, Antifeminismus, Sexismus, Ableismus, Rassismus sowie Geschichtsrevisionismus und Verschwörungstheorien entgegengewirkt werden muss. Als Lehrende, die diesen Raum maßgeblich verantworten, fragen wir uns, welchen Umgang eine Institution, die der demokratischen Bildung und dem diskriminierungsfreien Austausch dient, mit *extremistisch organisierten Studierenden* finden kann. Die Grenzen der Hochschule treten insbesondere dann zutage, wenn Personen mit *gefestigten menschenfeindlichem und antidemokratischem Weltbild* diese Räume zu beherrschen, beständig zu stören, oder unterschwellig zu torpedieren drohen, indem sie etwa andere Studierende verunsichern, einschüchtern oder gar bedrohen, andere von menschenfeindlichen Positionen überzeugen wollen und den fachlichen, demokratischen und vielfältigen Diskurs verunmöglichen. „Erfahrungen aus der Rechtsextremismusprävention ... legen nahe, hinsichtlich der pädagogischen Erreichbarkeit zu unterscheiden, ob Personen eher als rechtsextrem orientiert oder bereits als manifest rechtsextrem einzuschätzen sind“ (Leidinger und Radvan 2019). Personen ohne gefestigtes Weltbild könnten durchaus durch die Diskussion für den demokratischen Austausch zurückgewonnen werden, wohingegen „überzeugte, habituell gefestigte Personen (organisierte AktivistInnen und/oder FunktionärInnen) kaum erreichbar“ sind (ebd.).

Wir sehen neben der Vermittlung fachlichen Wissens unsere primäre Aufgabe auch darin, eine Atmosphäre und Diskussionskultur des gleichberechtigten Miteinanders aller Menschen an der Hochschule zu fördern und für Demokratie, Vielfalt und Antidiskriminierung einzutreten. Wir schließen uns damit den Kolleg:innen aus der Fakultät 4 der BTU an, die am 24.2.2020 bereits ein Positionspapier veröffentlicht haben, das auf diese Umstände an der BTU hingewiesen hat. Derzeit handelt es sich um Einzelfälle, in der Sozialen Arbeit, in KuT und - wie uns berichtet wurde - den Wirtschaftswissenschaften (BWL). Diese Diskussion erfordert Mut und muss an der gesamten Hochschule geführt werden, wenn sie eine nachhaltige Wirkung erzielen soll. Um dies zu bekräftigen, formulieren wir am Ende dieses Schreibens Maßnahmen im Sinne der Prävention.

Effekte auf die Diskussionskultur

Das Problem des Umgangs mit rechtsextremen Studierenden stellt sich nicht allein an der BTU: Verschiedene Hochschulen sehen sich seit Jahren damit konfrontiert, dass organisierte rechtsextreme Gruppierungen oder einzelne Personen nicht nur mediale Räume, sondern auch den universitären Raum für die eigene Profilierung nutzen. Als Mitglieder der BTU freuen wir uns vielmehr über das offene Eintreten unserer Hochschule gegen Rechtsextremismus.[1] An unserer Universität arbeiten und studieren Menschen aus vielen Ländern, darunter *People of Color*, Menschen mit Behinderung und diversen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Positionierung müssen sie sich stärker mit Fragen der sozialen Teilhabe sowie Alltagsdiskriminierung und damit nicht zuletzt der physischen und psychischen Sicherheit auseinandersetzen. Das gilt besonders in Stadtgesellschaften wie Cottbus, in denen rechtsextreme Gruppierungen stärker aktiv sind (Bericht „Opferperspektive“ 11.03.2021).

Wie die Kolleg:innen im Studiengang Soziale Arbeit der BTU in ihrer Stellungnahme (Soziale Arbeit / BTU 24.02.2020) schreiben, verhalten sich die meisten rechtsextrem organisierten Studierenden fallübergreifend in Lernräumen unauffällig, doch dabei sind einige von ihnen öffentlich durchaus sichtbare politische Akteur:innen. Es entsteht der Eindruck, dass sie tendenziell Lehrende meiden, die sich kritisch zum Thema Rechtsextremismus äußern, und sie melden sich meist nicht dezidiert zu Wort. Dies kann als Strategie verstanden werden, um das Studium unbemerkt zu absolvieren und dabei die Akzeptanz der Kommiliton:innen zu erreichen. Dieses Verhalten ist besonders dort erfolgreich, wo ihre Ideologie durch gesellschaftlich akzeptierte Diskursverschiebungen zu rechtsextremistischen und menschenfeindlichen Positionen an (latenter) Zustimmung gewinnt (vgl. Zick et al. 2019; Decker und Brähler 2018).

Als Dozent:innen und Wissenschaftler:innen wollen wir eine offene, inhaltlich möglichst fundierte Diskussionskultur anregen, die unseren Studierenden die zentralen professionellen Selbstbildungsprozesse ermöglicht. Personen, die für eine menschenverachtende Ideologie öffentlich eintreten, die in einer rechtsextremen Gruppierung organisiert sind und revisionistische Verfälschungen der deutschen Geschichte und rechter Gewalt verbreiten, gefährden eine solche demokratische Diskussionskultur für einen Teil der Hochschulmitglieder. Denn die Präsenz einer rechtsextrem organisierten Person im Seminarraum kann für Studierende mit Diskriminierungserfahrungen und für demokratisch positionierte Studierende dazu führen, dass sie die Diskussion meiden. Dies kann als Effekt von Einschüchterung betrachtet werden, der Austausch verhindert und Lernchancen einschränkt.

Grundrecht auf Bildung und Grundrecht auf Schutz der Persönlichkeit

Offene und demokratische Diskussionen dienen besonders in den Geistes- und Sozialwissenschaften dazu, dass Studierende kritisches Reflexionsvermögen erlernen. In der Auseinandersetzung im Unterrichtsraum zählen Selbstbestimmung und Urteilsfähigkeit, ja selbstreflexive Mündigkeit zu zentralen Bestandteilen des Bildungsprozesses. Die Bedrohung dieses Diskussionsraumes stellt für uns als Lehrende an der Hochschule darum ein zentrales Problem dar. Akzeptieren wir stillschweigend die Einschüchterung und latente Bedrohung durch rechtsextreme Ideologien und Ideolog:innen, dann normalisieren wir die Wirkmacht von Antisemitismus, Ableismus, Antifeminismus, Sexismus, Rassismus und Verschwörungsdenken. Die Anwesenheit von Personen mit extrem rechten Einstellungen in Veranstaltungen widerspricht damit unserem Ziel, Fachkräfte zu qualifizieren, die sich der Bedeutung ethischen Denkens und ihrer Verantwortung in den zukünftigen Betätigungsfeldern bewusst sind.

Studierende mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild sind kaum erreichbar für demokratische Argumente und Diskussionen; sie negieren die wissenschaftliche Kultur des Zweifels und die für Lernprozesse notwendige Offenheit der Reflexion. Zudem fehlt die Fähigkeit zur Kritik und das Hinterfragen des eigenen Standpunkts, worunter das akademische Miteinander leidet. Dialog und

Austausch als Kern universitärer Didaktik kommen hier an ihre Grenzen. Gleichzeitig legen wir als Lehrende an der Hochschule viel Wert auf das Grundrecht auf Bildung und haben uns als Wissenschaftler:innen für die besondere Achtung dieses Grundrechts entschieden: Bildung lebt vom Austausch von Perspektiven, die auf Grundlage theoretischer Argumentation und empirischer Beobachtung gebildet werden. Wir gehen auf dieser Grundlage auch gegen Ungleichwertigkeitsideologien vor.

Angesichts dieser Lage sehen wir ein Dilemma: Auf der einen Seite steht das Recht auf Bildung, wie es sich etwa aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Art. 26) ergibt, und für das wir als Lehrende und Forschende eintreten. Auf der anderen Seite steht das Recht auf Schutz für potenziell von Gewalt und Bedrohung Betroffene. Dafür stehen wir als Lehrende und Wissenschaftler:innen ein, und zwar nicht erst dann, wenn rechtsextrem organisierte Personen andere Studierende bedrohen (wie z.B. in 2018 an der Universität Bremen)[2]. Dieser Schutz beginnt mit der Frage, wie gewaltfreie und Reflexion stimulierende Lernräume geschaffen werden können. Dabei müssen und wollen wir sicherstellen, dass von Diskriminierung betroffene Studierende Unterstützung erfahren, auch indem wir deutlich zeigen, dass wir sie mit der Bewältigung dieser Probleme nicht alleine lassen.

Für uns als Lehrende im Studiengang Kultur und Technik der BTU Cottbus-Senftenberg stehen Personen, die ein rechtsextremes Weltbild vertreten und sich in entsprechenden Gruppen organisieren, im Widerspruch zu den grundlegenden fachlichen und ethischen Bildungsidealen der Geistes- und Sozialwissenschaften. Über die BTU Cottbus-Senftenberg hinaus wollen wir hiermit eine Auseinandersetzung in fachwissenschaftlichen Gremien anstoßen, wie das Engagement der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer gegen die Normalisierung rechtsextremer und menschenverachtender Weltbilder im Universitätsalltag aussehen kann.

Das beschriebene Dilemma zwischen der Gewährleistung des Rechts auf Bildung und des Rechts auf Schutz der Persönlichkeit kann – und soll – nicht aufgelöst werden. Dagegen treten wir dafür ein, diejenigen Studierenden zu stärken, die für ein gleichberechtigtes Miteinander, für Demokratie, Vielfalt und Antidiskriminierung an der Hochschule eintreten. Wir wollen eine entsprechende Atmosphäre an unserer Fakultät und Universität fördern.

Maßnahmen für kontinuierliche und nachhaltige Prävention

Im Sinne der Prävention und Auseinandersetzung formulieren wir folgende Vorschläge:

- Zusammen mit unseren Studierenden wollen wir einen sichtbaren Austausch über die ethischen Grundlagen unserer Fachbereiche pflegen, und erklären diese zu expliziten Lerninhalten in Lehrveranstaltungen.
- Wir bilden uns weiter in Fragen der Didaktik, insbesondere mithilfe von Lernformaten zum Umgang mit menschenfeindlichen Ideologien und Verschwörungserzählungen in der Lehre, und entwickeln eigene (didaktische) Formate zum Kennenlernen von Maßnahmen zur Gleichstellung und Antidiskriminierung.
- Wir organisieren inhaltliche Veranstaltungen und Ringvorlesungen zur Kritik an menschenverachtenden Ideologien wie Antifeminismus, Rassismus, Antisemitismus, Ableismus und Sexismus.
- Wir befolgen unsere Hausordnung, die den Seminarraum als Ort des diskriminierungsfreien Austauschs ernstnimmt, und entwickeln das Leitbild unserer Institute und Fakultät weiter, sodass ein Schutzkonzept für Betroffene von Diskriminierung darin beachtet wird.
- Wir bestärken die Hochschulleitung darin, das Hausrecht um eine Handreichung zum Umgang mit Sexismus und Antifeminismus, Ableismus, Rassismus, Antisemitismus, Verschwörungsdenken sowie Rechtsextremismus zu ergänzen.

- Wir unterstützen die Ansprechperson für Betroffene von Diskriminierung und sind selbst Ansprechpersonen für unsere Studierenden und Kolleg:innen in diesen Fragen.

Cottbus, den 05.07.2021 Unterzeichnende:

Prof. Dr. Anna Amelina, FG Interkulturalität

Prof. Dr. Hans Friesen, Arbeitsgebiet Kulturphilosophie

Jana Schäfer, FG Interkulturalität

Dr. Virginia Kimey Pflücke, LS Wirtschafts- und Arbeitssoziologie

Prof. Dr. Christer Petersen, FG Angewandte Medienwissenschaften

PD Dr. Dr. Peter Klimczak, FG Angewandte Medienwissenschaften

Samuel Breidenbach, FG Angewandte Medienwissenschaften

Dr. Kati Nowack, FG Angewandte Medienwissenschaften

Dr. des. Manuel Peters, FG Interkulturalität

Dr. Miriam Friz Trzeciak, FG Interkulturalität

Dr. Knut Laaser, LS Wirtschafts- und Arbeitssoziologie

Dr. Anika Noack, LS Wirtschafts- und Arbeitssoziologie

Prof. Dr. Heike Jacobsen, LS Wirtschafts- und Arbeitssoziologie

Jessica Ihl, LS Wirtschafts- und Arbeitssoziologie

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Soziale Arbeit / BTU (24.02.2021): Der Umgang mit rechtsextrem organisierten Studierenden: Stellungnahme von Lehrenden des Instituts für Soziale Arbeit aus aktuellem Anlass. BTU CS. Fakultät 4. Studiengang Soziale Arbeit. Siehe: <https://www-docs.b-tu.de/soziale-arbeit-ba-fh/public/aktuelles/2020/Stellungnahme/Stellungnahme-Institut-SozA%20BTU-Cottbus-26.2.20-mit-Unterschriften.pdf> [Zugriff am 12.03.2021]
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2018) (Hg.): Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen.
- Leidinger, Christiane/Radvan, Heike (2019): Rechtsextremismus und völkischer Autoritarismus an Hochschulen, *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 1-2019, S. 142-147. Siehe: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i1.16> [Zugriff am 10.03.2021]
- MDR (02.02.2021): Extremismus: AfD wird Verdachtsfall für Verfassungsschutz in Sachsen. Siehe: <https://www.mdr.de/sachsen/afd-verfassungsschutz-verdachtsfall-100.html> [Zugriff am 10.03.2021]
- Opferperspektive 2021: Pressemitteilung zur Jahresstatistik 2020, Siehe: <https://www.opferperspektive.de/aktuelles/statistik-2020> [Zugriff am 20.03.2021]
- TU Dresden (06.09.2018): TUD äußert sich gemeinsam mit Landesrektorenkonferenz Sachsen gegen Rechtsextremismus. Siehe: <https://tu-dresden.de/tu-dresden/newsportal/news/tud-aeussert-sich-gemeinsam-mit-landesrektorenkonferenz-sachsen-gegen-rechtsextremismus> [Zugriff am 11.03.2021]
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019) (Hg.): Verlorene Mitte-Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Herausgegeben für die Friedrich Ebert Stiftung. Bonn.
-

[1] Dieses Eintreten wird nach innen und außen deutlich vertreten, etwa (um nur einige Beispiele zu nennen) durch die seit Jahren bestehende Zusammenarbeit mit dem Bündnis „Laut gegen Nazis“, durch die stark besuchten Campus Open Air Konzerte, durch Ringvorlesungen und Diskussionsveranstaltungen, durch studentische Initiativen gegen Rechts und für Geflüchtete, sowie durch die Eröffnung einer Forschungsplattform zum Thema „Migration, Konflikt und sozialer Wandel“ (MIKOWA).

[2] Wie unsere Kolleg:innen aus der Sozialen Arbeit in ihrer Stellungnahme berichten (Soziale Arbeit / BTU 24.02.2020), studierte die rechtsextrem organisierte Tochter einer NPD-Funktionärin auf Lehramt an der Universität Bremen. Sie galt demnach inneruniversitär als relativ unauffällig und freundlich, war privat aber im völkischen Milieu aktiv und verbreitete u.a. entsprechende Erziehungsmethoden. Als ihr Verhalten umfassender in der Institution thematisiert wurde, wurde bekannt, dass sie in „strategisch sicheren“ Zweiergesprächen migrantische Studierende unter Druck setzte und bedrohte. Die Betroffenen berichteten erst auf Nachfragen und unter Zusicherung von Vertraulichkeit über die erfahrenen Diskriminierungen und Bedrohungen (ebd.).